



Inhalt

[dbb kritisiert Schaden durch Föderalismusreform:
Einheitlichkeit der Besoldung geht verloren](#) +++
[dbb-Kritik: Stellenabbau in Wasser- und Schifffahrtsverwaltung
ignoriert Aufgabenzuwachs](#) +++

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[dbb hamburg klagt über verzögerte Nachzahlung](#) +++
[SBB-Kritik an Sächsischer Staatsregierung](#) +++
[Fall Hoeneß – Steuer-Gewerkschaft rechnet mit mildem Urteil](#) +++
[DPoIG-Vorsitzender: Eindruck zunehmender
Polizeibrutalität täuscht](#) +++
[VBB gibt Umfrage zur Bundeswehrreform in Auftrag](#) +++
[BDR zu „Fall Mollath“: Unabhängigkeit der Justiz wahren](#) +++
[VBE: Ferien sind für die Schüler zur Erholung da](#) +++

Namen und Nachrichten+++

aktuell

dbb kritisiert Schaden durch Föderalismusreform: Einheitlichkeit der Besoldung geht verloren

(dbb) Dass jedes Bundesland in Folge der Föderalismusreform seine Beamten mehr oder weniger nach Kassenlage bezahlt, hat der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt kritisiert. Dem „Tagesspiegel“ (Ausgabe vom 15. Juli 2013) sagte Dauderstädt: Nimmt man alle Beamtenberufe zusammen, dann „klafft zwischen Berlin und Bayern eine Besoldungslücke von fast 20 Prozent. Jedes Land macht bei der Besoldung inzwischen, was es will, und die Einheitlichkeit der Bezahlung geht vollends verloren.“

Ein Studienrat in Brandenburg (A13) steige bei 3.190 Euro ein, in Bayern dagegen beginne das Berufsleben des Lehrers bei 3.574 Euro. Bei solchen Unterschieden „liegen die Abwerbe-Effekte auf der Hand“, sagte der dbb Chef.

Dauderstädt äußerte sich auch zur Willkür der Bundesländer bei der Übernahme des aktuellen Tarifabschlusses für die Landes- und Kommunalbeamten. Bei den Tarifangestellten, die streiken dürfen, hatten sich die Länder im Frühjahr auf eine Erhöhung um 5,6 Prozent in zwei Stufen verständigt. Bei den Beamten, die nicht streiken dürfen, gebe es dagegen eine Erhöhung nach Kassenlage. „Die armen Länder werden nicht nur bei der Nachwuchsgewinnung den Kürzeren ziehen und mittelfristig geschwächt“, so der dbb Chef. „Ein schlecht bezahlter öffentlicher Dienst verliert über kurz oder lang seine Qualität und Leistungsfähigkeit.“

Der „Tagesspiegel“ verweist darauf, dass es neben Bayern die Länder Baden-Württemberg, Hamburg und Niedersachsen sind, die einen Großteil des Tarifabschlusses auf ihre Beamten übertragen und es offenkundig keine Rolle für die Besoldungshöhe spiele, ob eine schwarze, rote oder grüne Regierung an der Spitze des Landes steht. Es gehe schlicht ums Geld. „Das ist unfair gegenüber Menschen, die aufgrund ihres besonderen Dienst- und Treueverhältnisses besonders loyal zum Staat stehen“, kritisiert Klaus Dauderstädt. Das Qualitätsniveau im öffentlichen Dienst sei so nicht zu halten, und auch das Prinzip der „Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse gerät gefährlich ins Wanken“. Spätestens, wenn es wieder zu nennenswerten Beamtenbewegungen von den armen in die reichen Länder komme, werde deutlich sein, dass „die Föderalismusreform gescheitert ist“, meint Dauderstädt. (01/28/13)

dbb-Kritik: Stellenabbau in Wasser- und Schifffahrtsverwaltung ignoriert Aufgabenzuwachs

(dbb) Der vom Bundesverkehrsministerium in die Wege geleitete Umbau der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung (WSV) stößt beim dbb weiter auf Kritik. Nachdem seit den 1990er Jahren bereits 5.000 Stellen abgebaut wurden, strebt das Ministerium nun eine „Zentrale Ressourcensteuerung“ an, die sich vor allem auf vielbefahrene Wasserstraßen konzentriert. Dazu sagte die stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Kirsten Lühmann der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (Ausgabe vom 15. Juli 2013): „Wir sind nicht grundsätzlich gegen eine Reform, aber diese Reform ist nicht geeignet.“ So werde bei dem geplanten weiteren Stellenabbau ignoriert, dass der WSV in den vergangenen Jahren laufend neue Aufgaben und Zuständigkeiten im Umweltschutz übertragen worden sind.

Die Reform, so Lühmann, sei zum einen ohne Mitwirkung der Beschäftigten vorbereitet worden. Zum anderen werde die geplante Zentralisierung von Aufgaben anstelle von mehr Effizienz vor allem neue „Schnittstellenprobleme“ schaffen. Bisher verantworten die regionalen Wasser- und Schifffahrtsämter Betrieb, Unterhaltung und Neubau von Wasserstraßen in

einer Hand. Künftig sollen diese Aufgaben von unterschiedlichen Standorten aus jeweils zentral gesteuert werden.

Am 9. Juli 2013 hatten Beschäftigte der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung in Niedersachsen und Bremen die Arbeit niedergelegt. Zum Streik hatten der dbb und der Fachverband

Wasser und Schifffahrtsverwaltung (FWSV) aufgerufen. Hintergrund der Arbeitsniederlegung war die Weigerung des Bundes, Tarifver-

handlungen ohne diktierte Vorbedingungen zu führen.
(02/28/13)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

dbb hamburg klagt über verzögerte Nachzahlung

(dbb) Der dbb hamburg hat in einem „Brandbrief“ Bürgermeister Olaf Scholz auf „nicht mehr hinnehmbare Verzögerungen bei der Abarbeitung der Beihilfeanträge sowie bei der Nachzahlung der Besoldungsanpassung“ hingewiesen.

Das Tarifergebnis für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst stamme aus dem März 2013; die Tarifbeschäftigten haben ihre Erhöhung und Nachzahlung zum 1. Juni 2013 erhalten. Wegen der Notwendigkeit eines Gesetzgebungsverfahrens zur Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamten und Versorgungsempfänger verzögert sich erfahrungsgemäß die Nachzahlung um einige Wochen. Nun solle aber die Erhöhung samt Nachzahlung erst zum 1. Dezember 2013 erfolgen.

„Irgendwas läuft völlig schief im Zentrum für Personaldienste (ZPD), und das nicht erst seit Wochen oder Monaten“, kritisierte der Landesvorsitzende des dbb hamburg, Rudolf Klüver, am 15. Juli 2013 die Verzögerung. Es könne nicht sein, „dass es anscheinend billigend in

Kauf genommen wird, wenn insbesondere die unteren Einkommensgruppen der Beamten zur Bezahlung der Arztrechnungen erst einmal ihr eigenes Konto überziehen müssen. Und es kommt nun auch schon vor, dass Ärzte unter Hinweis auf ausstehende Bezahlung von Rechnungen notwendige ärztliche Behandlungen zurückstellen. Überhaupt kein Verständnis haben die Beschäftigten für die zögerliche Anpassung ihrer Besoldung. Vor dem Hintergrund des seit längerem vorliegenden Gesetzentwurf zur Besoldungsanpassung hätte man im ZPD schon lange die erforderlichen Maßnahmen ergreifen und quasi per Knopfdruck nach Bestätigung durch die Bürgerschaft das Gesetz und damit die Nachzahlung samt Erhöhung auf den Weg bringen können,“ so Klüver.
(03/28/13)

SBB-Kritik an Sächsischer Staatsregierung

(dbb) Der Sächsische Beamtenbund (SBB) hat die Staatsregierung wegen des Beteiligungsverfahrens bei der Dienstrechtsreform kritisiert. „Drei Jahre Vorbereitung der Ministerien, fast 500 Seiten, zwei Kabinettsitzungen und dann müssen die Gewerkschaften innerhalb von vier Wochen in einem verkürzten Verfahren Stellung beziehen“, heißt es in einer gemeinsam mit dem DGB Sachsen verfassten Erklärung vom 16. Juli 2013.

„Damit wird die gesetzlich vorgeschriebene Beteiligungsfrist ausgehebelt. Jetzt müssen die beteiligten Gewerkschaften innerhalb einer sehr kurzen Frist circa 500 Seiten Gesetzestext beurteilen und Stellungnahmen dazu abgeben. Das kann in der Kürze der Zeit nicht fundiert erfolgen, zumal jetzt Urlaubszeit ist.“

„Wir erwarten von den Fraktionen des Sächsischen Landtages, dass diese die Beteiligung der Beschäftigtenvertreter ernster nehmen als die Staatsregierung“, sagte der Vorsitzende des SBB, Gerhard Pöschmann.
(04/28/13)

Fall Hoeneß – Steuer-Gewerkschaft rechnet mit mildem Urteil

(dbb) Im Fall Uli Hoeneß rechnet die Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG) mit milderen Umständen für den Präsidenten des FC Bayern München. Der DSTG-Vorsitzende Thomas Eigenthaler begründete dies in der „Passauer Neuen Presse“ (Ausgabe vom 16. Juli

2013) damit, dass Hoeneß sich ja selbst angezeigt habe und nicht etwa durch eine Steuer-CD aufgefliegen sei.

Eigenthaler sagte: „Es erscheint mir auch plausibel, dass man strafrechtliche Gründe für mildernde Umstände finden muss.“ Auch wenn die Anzeige wegen fehlender Vollständigkeit nicht strafbefreiend wirken könne, sei zu erwarten gewesen, „dass die Justiz nicht in die Vollen geht“. Er, so Eigenthaler weiter, gehe er von einer Verjährung eines Teils der Vergehen aus. Die strafrechtliche Verjährung für Steuer-Vergehen setze nach fünf Jahren ein. „Von daher ist es durchaus anzunehmen, dass von der Millionensumme, um die es wohl ursprünglich ging, einiges verjährt ist“, sagte Eigenthaler,

der auch stellvertretender dbb Bundesvorsitzender ist.

Hoeneß hatte im Januar eine Selbstanzeige wegen Steuerhinterziehung erstattet. Er führte jahrelang ein Konto in der Schweiz und hinterzog die darauf in Deutschland fälligen Steuern. Weil die Selbstanzeige womöglich nicht vollständig war, leitete die Staatsanwaltschaft München II Ermittlungen gegen den Fußballfunktionär ein. Medienberichten zufolge soll in den kommenden Wochen über einen Anklage gegen Hoeneß entschieden werden.
(05/28/13)

DPoIG-Vorsitzender: Eindruck zunehmender Polizeibrutalität täuscht

(dbb) Dem in Medienberichten geäußerten Eindruck, dass Deutschlands Polizei immer brutaler wird, ist der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG), Rainer Wendt, entgegen getreten. „Der Eindruck täuscht“, sagte Wendt der „Welt“ (Ausgabe vom 11. Juli 2013.) „Die Zahl der Strafanzeigen gegen Polizisten liegt seit vielen Jahren konstant bei 2.500 bis 3.000. Wir haben kein Problem mit Polizeigewalt.“

Hintergrund waren veröffentlichte Videos über einen Polizeieinsatz in einer Bremer Diskothek, bei dem sieben Polizisten auf einen Unbewaffneten eingeschlagen hatten. „Bei diesen Aufnahmen handelt es sich um radikal zusammengeschnittenes Material“, sagte Wendt. „Die Aufnahmen wurden sehr zuge-spitzt aneinandergesetzt, und es sieht fast so aus, als solle der Eindruck von Brutalität entstehen. Ein realistisches Bild von den tatsächlichen Abläufen kann man daraus nicht bekommen.“

Wendt verwies auch darauf, dass 95 Prozent aller Strafanzeigen gegen Polizisten eingestellt werden und mehr als die Hälfte der eröffneten Verfahren mit einem Freispruch des Polizeibeamten enden. „Aber nicht etwa, weil Polizeigewalt kleingeredet oder beschönigt werden soll, sondern weil sich in aller Regel die Vorwürfe als haltlos erweisen“, so Wendt.
(06/28/13)

VBB gibt Umfrage zur Bundeswehrreform in Auftrag

(dbb) Der Verband der Beamten der Bundeswehr (VBB) hat das Forsa-Institut beauftragt, eine Befragung der Zivilbeschäftigten der Bundeswehr durchzuführen. Mit der Umfrage soll ermittelt werden, wie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Strukturreform der Bundeswehr bewerten und welche möglichen Auswirkungen sich daraus für sie selbst und für ihren Arbeitsalltag ergeben.

Da es bei der Befragung darum geht, ein Bild unter allen zivilen Beschäftigten der Bundeswehr zu erhalten, ist es wichtig, dass sich möglichst viele Beschäftigte aus allen Bereichen der Bundeswehr an der Befragung beteiligen, erklärte der VBB am 17. Juli 2013. Die VBB-Bundesleitung bat auch Kolleginnen und

Kollegen, die nicht Mitglied im Verband sind, an der Umfrage teilzunehmen, um ein möglichst aussagekräftiges Meinungsbild zu bekommen.

„Das Vertrauen der zivilen Beamten in der Bundeswehr in die Führung ist geschwunden,

und es droht völlig verloren zu gehen“, sagte der VBB-Bundesvorsitzende Wolfram Kamm der „Welt“ (Ausgabe vom 18. Juli 2013). Vor allem die Art des Umgangs mit den Beschäftigten finde er inakzeptabel.

„Die Menschen fühlen sich wie auf einem Schachbrett hin und her geschoben. So dramatisch ist noch kein Verteidigungsminister mit seinem Personal umgegangen. Das hat tiefe Wunden hinterlassen.“
(07/28/13)

BDR zu „Fall Mollath“: Unabhängigkeit der Justiz wahren

(dbb) Die Unabhängigkeit der Justiz muss gewahrt bleiben. Das hat der Bund Deutscher Rechtspfleger (BDR) im Zusammenhang mit der Diskussion um den „Fall Mollath“ gefordert. „Nach dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ist die Justiz unabhängig, die Rechtsprechung ist nur an Gesetz und Recht gebunden. Es gilt, dies auch im politischen Raum zu respektieren“, erklärte der BDR-Bundesvorsitzende Wolfgang Lämmer am 16. Juli 2013. Gustl Mollath wird seit Jahren nach seiner eigenen Auffassung zu Unrecht in der geschlossenen Psychiatrie festgehalten; der Fall beschäftigt derzeit die Öffentlichkeit weit über die Grenzen Bayerns hinaus.

„Gerade an diesem Fall wird klar, dass die Akzeptanz gerichtlicher Entscheidungen in der Öffentlichkeit wichtig und bedeutsam ist. Hier könnten auch Medien unterstützen durch sachliche Berichterstattung und Erklärungen der Hintergründe“, so Lämmer. Die Forderung nach einer Entscheidung der Gerichte entsprechend der öffentlichen Meinung bezeichnete

Lämmer dagegen als „äußerst bedenklich“. Richter und Rechtspfleger seien unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen. „Dies gilt es von allen Seiten auch im Hinblick auf das Wiederaufnahmeverfahren zu respektieren“, so Lämmer.
(08/28/13)

VBE: Ferien sind für die Schüler zur Erholung da

(dbb) „Auch, wenn das Zeugnis nicht so wie gewünscht ausfällt: Eltern sollten Kinder nicht dazu verdammen, in den Ferien ausschließlich zu lernen“, sagt Udo Beckmann, Vorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE). „Die Ferien sind vor allem zur Erholung da.“ Wenn jedoch Nachhilfe nötig ist, dann sollte sie dosiert werden, so Beckmann.

„Zeugnisse spiegeln nur einen kleinen Ausschnitt des Lernens wider“, stellte Beckmann klar, „der Wert des Kindes ist davon nicht abhängig. Einem Zeugnis eine zu große Beachtung zu schenken, demotiviert mehr als es hilft. Eltern sollten mit ihrem Kind ein Zeugnis genau analysieren und überlegen, wo Hilfe angebracht ist und warum.“ Sinnlos sei es, die Ferien mit Nachhilfe und Aufgaben vollzustopfen. „Ein Kind lernt über lange Strecken in der Schule – da braucht der Kopf auch mal Pause und ein Alternativ-Programm, mit dem er abschalten kann.“ Beckmann empfiehlt daher, die ersten Wochen der Sommerferien erst als eine komplette Auszeit von der Schule zu nehmen und gegen Ende der Ferien Nachhilfe-Stunden einzuplanen: „Die Balance ist wichtig.“
(09/28/13)

Namen und Nachrichten

(dbb) Die Beamten dürfen nicht diejenigen sein, die allein die Folgen der schlechten Haushaltslage einiger Länder ausbaden müssen. Darüber waren sich mehrere Vertreter der dbb Spitze einig, die am diesjährigen „Forum Dienstrecht“ der Arbeitsge-

meinschaft höherer Dienst (AhD) in Berlin teilgenommen haben. Wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (Ausgabe vom 15. Juli 2013) berichtet, bekannte sich der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende und Landesvorsitzende des Beamtenbun-

des Baden-Württemberg **Volker Stich** in dem Streitgespräch zu den beiden Beschäftigungsverhältnissen als Beamter oder Tarifbeschäftigter. Allerdings werde es „nicht funktionieren“, dass die Haushaltslage „als Grund für Einschnitte nur bei den Beamten herangezogen wird“.

Thomas Eigenthaler, stellvertretender dbb Bundesvorsitzender und Chef der Deutschen Steuer-Gewerkschaft, wird von der FAZ mit den Worten zitiert: „Wir haben zurzeit nicht nur die höchsten Steuereinnahmen, sondern wir leisten es uns auch, 50 Milliarden hinterzogenen Steuern zu ignorieren.“ Die Föderalismusreform sei längst zu einem „Teile und herrsche“ verkommen. Auch **Hans-Ulrich Benra**, stellvertretender dbb Bundesvorsitzender und Fachvorstand Beamtenpolitik nannte es „unfair, dass die Beamten die negativen Folgen der Föderalismusreform ausbaden dürfen“.

Unter der Überschrift „Alle Jahre wieder...“ haben der Bayerische Beamtenbund (BBB) und der dbb mecklenburg-vorpommern die jüngste Berichterstattung in der „BILD“-Zeitung (Ausgabe vom 16. Juli 2013) zur Pensionsentwicklung kritisiert. Diese bestehe aus „unhaltbaren Behauptungen“, so **Rolf Habermann**, Vorsitzender des BBB. **Dietmar Knecht**, Landesvorsitzender des dbb m-v, erklärte: „Wer mit Unwahrheiten und falschen Berechnungen Beamtenpensionen und Renten gegeneinander ausspielt, macht sich unglaubwürdig.“ Beide Landesvorsitzenden warfen dem Blatt vor, „eine unsinnige Neiddebatte zu schüren“. Rente und Versorgung seien zwei Systeme, die unterschiedlicher nicht sein können; daher seien direkte Zahlenvergleiche unseriös.

2012 hat die Anzahl der Ruhegehaltsempfänger des öffentlichen Dienstes gegenüber dem Jahr 2011 um circa 2,4 Prozent zugenommen. Zugleich sind ein konstant niedriger Umfang der Pensionierungen aufgrund von Dienstunfähigkeit und ein hoher Stand des Erreichens der Antrags- und Regelaltersgrenzen zu verzeichnen. Das **Statistische Bundesamt** hat mitgeteilt, dass nach dem vorläufigen Ergebnis der Versorgungsempfängerstatistik im

Jahr 2012 bei den Gebietskörperschaften rund 55.700 Pensionierungen (2011: 42.000) angefallen sind. Im Einzelnen ist die Gesamtzahl der Ruhegehaltsempfänger von Bund, Ländern und Gemeinden zum Stichtag 1. Januar 2013 auf circa 813.000 (2011: 772.000) Personen angewachsen. Dies bedeutet insgesamt eine stetige Zunahme der Zahl der Ruhegehaltsempfänger der Gebietskörperschaften. Dagegen blieb die Zahl der Ruhegehaltsempfänger der ehemaligen Deutschen Bundespost mit circa 214.000 nahezu unverändert, während beim Bundes-eisenbahnvermögen ein Rückgang um 3,6 Prozent auf circa 104.000 Pensionäre zu verzeichnen ist. Zusammen ergibt sich zum Stichtag 1. Januar 2013 eine Anzahl von circa 1.132.000 Ruhegehaltsempfängern des öffentlichen Dienstes. Die Gesamtzahl der Empfänger von Hinterbliebenenversorgung (Witwen, Witwer und Waisen) war mit etwa 383.000 gegenüber dem Vorjahr in geringem Umfang rückläufig.
(10/28/13)